

Verlagsbedingungen und Einzelne...
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Jahrespreis: Dänhoff 202-207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Jahrespreis: Dänhoff 202-207

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Hohenzollern enteignen!

Bismarck und die Junter helfen ihnen.

Hindenburg hat in seinem Brief an die alte Exzellenz...
Wohlbekanntes, Unterzeichnet folgendes Gesetz:

Gesetz vom 15. Februar 1869, betr. die Beschlagnahme des Vermögens des ehemaligen Kurfürsten von Hessen.

Mit Wilhelm usw. usw. verordnen, mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages unserer Monarchie, was folgt:

§ 1. Sämtliche nach Maßgabe des Vertrages vom 17. September 1866 dem ehemaligen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Hessen...
§ 2. Die nach § 1 der Beschlagnahme unterliegenden Gegenstände...

In Ausübung der Eigentums- und der Nutzungrechte an diesen Objekten wird der Kurfürst durch die verwaltenden Behörden mit voller rechtlicher Wirkung vertreten.

Aus den in Beschlagnahme genommenen Objekten und Revenüen sind, mit Ausschließung der Rechnungslegung an den Kurfürsten, die Kosten der Beschlagnahme und der Verwaltung sowie der Maßregeln zur Ueberwachung und Abwehr der gegen Preußen...

gerichteten Unternehmungen des Kurfürsten und seiner Agenten zu bestreiten. Verbleibende Ueberschüsse sind einem besonderen Depositem zuzuführen.

§ 3. Verfügungen des Kurfürsten über die der Beschlagnahme unterliegenden Gegenstände insbesondere Veräußerungen und Sessionen sind ohne rechtliche Wirksamkeit.

Zahlungen, welche der Beschlagnahme zuwider erfolgen, sind als nicht geschehen und Kompensationsrechte auf Grund solcher Handlungen, welche nach Publikation dieses Gesetzes vorgenommen werden, als nicht entstanden zu erachten.

§ 4. Die Wiederaufhebung der Beschlagnahme kann dritten gutgläubigen Erwerbern und Sessionarien (§ 2) gegenüber durch königliche Anordnung, in allen übrigen Fällen nur durch Gesetz erfolgen.

§ 5. Die Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes, welches mit dem Tage der Publikation in Kraft tritt, wird dem Finanzministerium übertragen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insignel.

Gegeben Berlin, den 15. Februar 1869.

(L. S.) Wilhelm.
Fürst v. Bismarck-Schönhausen, Freiherr v. d. Heydt, v. Koon, v. Mähler, Graf v. Jhenplitz, v. Selchow, Graf zu Eulenburg, Leonhardt.

Die Hohenzollern haben also über die Begriffe „Recht und Moral“ ganz andere Vorstellungen gehabt als Hindenburg. Sie haben rücksichtslos ihre Gegner enteignet und unter Kuratel gestellt.

Volksentscheid, Staats-, Präsidentenkrise? Art. 70 und der Reichspräsident.

Loebell hat in seinem Brief an Hindenburg eine Erklärung des Reichspräsidenten zu erwirken versucht, daß er das Enteignungsgesetz, auch wenn es 20 Millionen Stimmen erhalte, nicht vollziehen, sondern lieber zurücktreten werde.

Die vom Reichspräsidenten beschworene Verfassung sagt in ihrem Artikel 70:

Der Reichspräsident hat die verfassungsmäßig zustandekommenen Befehle auszufertigen und binnen Monatsfrist im „Reichsgesetzblatt“ zu verkünden.

Wird ein für verfassungsmäßig erklärtes Gesetz von mehr als der Hälfte der Stimmberechtigten angenommen, dann ist das Gesetz „verfassungsmäßig zustandekommen“. Der Reichspräsident hat dann die Pflicht, es innerhalb Monatsfrist im „Reichsgesetzblatt“ zu verkünden.

Dieser Pflicht kann sich der Reichspräsident nur entziehen, indem er von seinem Amte zurücktritt. In diesem Fall übernimmt zunächst der Reichskanzler, dann ein Stellvertreter, der durch Reichsgesetz bestimmt wird, seine Vertretung. Seine Pflichten gehen auf den Vertreter über. Die Verkündung des Gesetzes hat durch den Reichspräsidenten oder seinen verfassungsmäßigen Vertreter binnen Monatsfrist zu erfolgen.

Ein Rücktritt Hindenburgs würde also am Inkrafttreten des Enteignungsgesetzes nichts ändern können — vorausgesetzt natürlich, daß nach der Verfassung verfahren wird.

Die Sozialdemokratie hat, indem sie an das Volk appellierte, ein Recht der Verfassung für sich in Anspruch genommen. Ergäben sich für die Verkündung des vom Volke angenommenen Gesetzes Schwierigkeiten, so hätten wir im Kampfe gegen sie die Verfassung für uns.

Ein Verfassungsbruch wäre es noch nicht, wenn Hindenburg zurückträte, um das Enteignungsgesetz nicht verkünden zu müssen. Ein Verfassungsbruch wäre es erst, wenn ein im Amt befindlicher Reichspräsident sich weigern würde, das Ge-

setz zu verkünden. Das wäre dann ein klarer Verstoß gegen Artikel 70 und ein vollendeter Staatsstreich.

Es trifft gewiß zu, daß es Leute gibt, die mit dem Gedanken an Verfassungsbruch und Staatsstreich spielen. Aber wir glauben nicht, daß diese Leute versuchen werden, ihren Gedanken in dem Augenblick zu verwirklichen, in dem sich herausgestellt hat, daß sie mehr als die Hälfte des Volkes gegen sich haben.

Darum soll sich niemand durch das Geschrei von Präsidentenkrise, Staatskrise, Verfassungsbruch, Staatsstreich usw. irre machen lassen. Erst einmal 20 Millionen „Ja“ an die Urne gebracht — und dann wollen wir sehen, ob dann noch irgendjemand Lust hat, zu staatsstreicheln oder zu putzen!

Wulles Gehilfe.

Rube's Immunität wird aufgehoben.

Im Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags wurde heute beschlossen, im Plenum die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Rube zu beantragen, damit die Strafverfolgung gegen ihn wegen Hochverrats eingeleitet werden kann.

Das neue polnische Kabinett.

Zaleski bleibt Außenminister.

Warschau, 9. Juni. (WTA.) Ministerpräsident Bartel hat in später Nachstunde die Reubildung des Kabinetts beendet. Im wesentlichen zeigt das neue Kabinett dieselbe Zusammensetzung wie das alte.

Die Not der Angestellten.

Vor wichtigen Entscheidungen des Reichstages.

Die Tatsache, daß es heute in Deutschland weit über 100 000 arbeitslose Angestellte gibt, beweist am eindringlichsten, wie sehr die Angestellten vom typischen kapitalistischen Arbeitschicksal erfaßt sind.

Heute haben wir nicht nur ein Riesenheer von arbeitslosen Angestellten, darunter befinden sich, wie die amtliche Erhebung des vergangenen Jahres nachweist, zehntausende, die über ein Jahr arbeitslos sind.

Seit langer Zeit kennen wir in Deutschland das Problem des älteren Arbeiters, der um die 40 bis 45 herum häufig zum alten Eisen geworfen wird, dem es trotz angestrengtester Bemühungen nicht gelingt, Arbeit zu erhalten.

Diese Erscheinungen sind nicht zuletzt das Ergebnis gewaltiger Veränderungen in der Büroorganisation, die auch heute noch durch Einführung neuer Bureaumaschinen in einem fortschreitenden Wandel begriffen ist.

Der AFA-Bund hatte auf diese gefährliche Entwicklung rechtzeitig aufmerksam gemacht und Vorschläge zur Behebung dieser Notlage ausgearbeitet. Bereits im Januar 1923 wurde der Reichsarbeitsverwaltung und dem Reichsarbeitsministerium empfohlen, analog dem österreichischen und dem luxemburgischen Angestelltengesetz für verstärkten Kündigungsschutz und Einführung von Abkehrgeldern zu sorgen.

Damit kam die Auseinandersetzung über die notwendigen sozialpolitischen Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Not der Angestellten in Fluß. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich von allem Anfang an mit Nachdruck dieser Forderungen angenommen.

Inzwischen beschäftigt sich der Reichswirtschaftsrat mit den verschiedenen Vorschlägen, die von allen Angestelltenverbänden zur Bekämpfung der Not der Angestellten eingebracht waren.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat auch hier wieder die Initiative ergriffen. Sie brachte die vom AFA-Bund aufgestellten Forderungen als Anträge im Reichstag ein.

famlicher Anträge, damit der Reichstag noch vor seinen Sommerferien zu einer Entscheidung kommt. Diesem Antrage wurde entsprochen: der Unterausschuss tagte unter dem Vorsitz des Genossen Luffhauer und hat in vier Sitzungen die ihm gestellte Aufgabe erledigt.

Der Unterausschuss ist zu einstimmigen Vorschlägen gekommen. Man sollte deshalb meinen, daß auch der Reichstag zu einstimmigen Beschlüssen kommt. Die letzten Vorgänge im sozialen Ausschuss lassen jedoch den Verdacht aufkommen, daß Reichsregierung und bürgerliche Parteien nur Worte aber keine Taten für die Angeestellten übrig haben. Die Regierungsvertreter haben erklärt, daß angesichts der prinzipiellen Bedeutung der Beschlüsse des Unterausschusses das Reichskabinett dazu Stellung nehmen müsse. Ein geradezu toller Vorgang; denn seit vielen Monaten kennt die Regierung die Vorklage, seit vielen Monaten versichert sie, der Not der Angestellten ihre angestrengteste Aufmerksamkeit zu schenken. Und die bürgerlichen Parteien? Sie wollen auch erst zu den weittragenden Beschlüssen des Unterausschusses Stellung nehmen.

Die Sozialdemokratie erweist sich auch in diesem Falle als die einzige zuverlässige Vertreterin der Interessen der Angestellten. Das sollten sich insbesondere die Hunderttausenden von Angestellten merken, die immer noch den bürgerlichen Parteien nachlaufen und sich durch eine geschickte Masche einreden lassen, die Sozialdemokratie sei angestelltenfeindlich. Die Pflicht dieser Hunderttausenden ist es, aus ihrer Reihen herauszugehen und deutlich zu bekunden, daß sie nicht daran denken, sich ein solch schändliches Spiel gefallen zu lassen.

Was der Unterausschuss des Reichstages fordert, ist wirklich nicht weitgehend.

Die Unternehmen und Verwaltungen des öffentlichen und privaten Rechts sollen verpflichtet sein, frei werdende Stellen bei einem öffentlichen oder sonstigen nichtgewerbemäßigen Arbeitsnachweis anzumelden. Diese Unternehmen sollen weiter verpflichtet sein, von der Kündigung und Entlassung älterer Angestellten (über 40 Jahre) bei diesen Arbeitsnachweisstellen Anzeige zu erstatten.

Für eine durchgreifende und umfassende Arbeitsmarktpolitik wäre Anmelde- und Benutzungs-zwang erforderlich. Der Unterausschuss geht leider nicht so weit.

Für das vollständige Verbot der Chiffreanzeigen waren nur die Vertreter der SPD. und KPD. Die Haltung der bürgerlichen Angestelltenvertreter steht im Widerspruch zur Stellung ihrer Verbände, die vor einiger Zeit gemeinsam mit dem A.M.-Bund von der Reichsarbeitsverwaltung das vollständige Verbot von Chiffreanzeigen gefordert hatten. Nach den Beschlüssen des Unterausschusses soll eine Chiffreanzeige nur aufgenommen werden dürfen, wenn der Auftraggeber dem Verleger eine Bescheinigung über die erfüllte Meldepflicht vorlegt.

Ähnlich wie bei den Schwerebeschädigten ist der Unterausschuss zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Verpflichtung zur Beschäftigung älterer Angestellten auszusprechen ist. Wer mindestens fünf Angestellte beschäftigt, ist gehalten, auf je fünf Angestellte einen Angestellten über 40 Jahre zu beschäftigen. Kommt der Arbeitgeber dieser Verpflichtung nicht nach, so hat der Vorsitzende des Landesamts für Arbeitsvermittlung die zwangsweise Einstellung zu veranlassen. Mit der Zustellung der Einstellungsverfügung gilt der Anstellungsvertrag als abgeschlossen. Der Arbeitgeber muß zur Durchführung dieser Maßnahmen die nötigen Auskünfte geben.

Der Unterausschuss hat in detaillierten Vorschlägen Ausbau des allgemeinen Kündigungsschutzes und erhöhten Schutz für die älteren Angestellten, ebenso die Einführung von Abfertigungsgeldern beschlossen. Auch das ist sozialpolitisch nichts unerhörtes Neues, es besteht schon längst in Oesterreich und Luxemburg. Ebenso begrüßenswert ist die Forderung nach reichsrechtlichen Vorschriften über die Höchstzahl von Lehrlingen im Handelsgewerbe wie für die übrigen Angestelltenberufe. Der Freistaat Hamburg ist hier bereits mit gutem Beispiel vorangegangen.

Reform des Vereinsrechts.

Schutz gegen willkürliche Versammlungsverbote.

Der Rechtsausschuss des Reichstages beschäftigt sich heute mit der Schaffung von Rechtsgarantien gegen polizeiliche Uebergriffe auf dem Gebiete des Versammlungsrechts. Das geltende Vereinsrecht weist die unerträgliche Lücke auf, daß für den Fall des Verbots einer erst angekündigten Versammlung (Präventivverbot) nicht überall in Deutschland das Recht besteht, Verwaltungsgerichte zur Nachprüfung solcher Verbote anzurufen. Insbesondere in Bayern und Hessen fehlen solche Garantien. Die sozialdemokratische Fraktion hat daher beantragt, durch ein besonderes Gesetz für das ganze Reich festzulegen: „Das Verbot oder die Auflösung einer Versammlung kann im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens angefochten werden“. Ministerialdirektor Brecht erhob für die Reichsregierung gegen diesen Vorschlag Bedenken, da man nicht aus der großen Materie des Vereins- und Versammlungsrechts eine Teilfrage herausgreifen dürfe, sondern bis zur allgemeinen Reform des Versammlungsrechts warten solle. Genosse Rosenfeld machte dagegen geltend, daß bis zur Verabschiedung des Vereinsgesetzes noch zu lange Zeit vergehen würde und daß man einen einmal erkannten Mangel des geltenden Rechts sofort beseitigen müsse. Genossin Pfäff wies darauf hin, daß insbesondere das Münchener Verbot einer Versammlung, die sich mit dem Geburtenrückgang beschäftigen sollte, schleunigst Eingreifen des Gesetzgebers erforderlich mache. Die Deutschnationalen, das Zentrum und die Volkspartei ließen dagegen erklären, daß sie sich der Auffassung der Reichsregierung anschließen. Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag mit den Stimmen dieser bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Demokraten, der Kommunisten und der Völkischen abgelehnt. Hoffentlich wird nunmehr das Plenum des Reichstages für die Reform des Versammlungsrechts mehr Verständnis als der Ausschuss aufbringen.

Das Arbeitsgerichtsgesetz.

Veratung im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages.

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages hat am Montag mit den Beratungen des Entwurfs über das Arbeitsgerichtsgesetz begonnen. Am ersten Tage schon versuchten die Reichsparteien durch eine lange Generaldebatte die Erledigung des Gesetzes wieder zu verschleppen. Abg. Thiel (D. Sp.) und Dr. Rademacher (Dnat.) waren bei diesen Obstruktionsreden besonders leistungsfähig. Die Sozialdemokratie durchkreuzte dieses Verschleppungsmanöver und ließ durch den Abg. Aufhäuser erklären, daß sie an diesen Redebungen sich nicht zu beteiligen beabsichtige. So konnte wenigstens am zweiten Beratungstag der § 1 des Entwurfs in Angriff genommen werden. Während die Regierungsvorlage selbständige Arbeitsgerichtsbehörden vorsieht, steht an der Spitze eines von den Reichsparteien eingebrachten Antrages folgender Grundgedanke:

„Die Gerichtsbarkeit in Arbeitsfällen liegt den ordentlichen Gerichten ob.“

Die Antragsteller wollen also die Arbeitsgerichte lediglich als eine Art Untereinheit bei den ordentlichen Gerichten gelten lassen. In der ausgedehnten Debatte brachte Abg. Lambach von den Deutschnationalen offen zum Ausdruck, daß man sich bei seinen Freunden gerade in der neueren und durch die Umwälzung veränderten Zeit nur noch von den ordentlichen Gerichten eine gewisse Stetigkeit verspreche. Der reaktionäre Vorstoß, den Abg. Aufhäuser (Soz.) dahin charakterisierte, daß man im Begriff stehe, überhaupt die Sondergerichte aufzuheben, wurde auch von dem rechten Flügel der Demokraten, dem Abg. Rasch, unterstützt, während sich außer den Sozialdemokraten das Zentrum entschieden für die Abichmung des Antrages einsetzte.

Die Kommunisten hatten einen besonderen Gesetzentwurf eingebracht, in dem sie den Arbeitsgerichten die Aufgabe geben, zum Schutze der Arbeitskraft zu wirken. In diesem teilweise recht phantastisch gehaltenen Entwurf wird den Arbeitsgerichten in völliger Verkennung ihres Zweckes etwa die Tätigkeit der Gewerkschaft zugemutet. Der Entwurf kann sozialpolitisch kaum ernst genommen werden. Die grundsätzliche Abstimmung über § 1 ist am Mittwoch zu erwarten.

Staatssekretär Schmid.

Die Geschichte seiner plötzlichen Ernennung.

Der Ausschuss für den Reichshaushalt verhandelte in der Sitzung von Mittwoch zunächst die Ernennung des bisherigen Generalkommissars für die besetzten Gebiete Reichskanzler Marx zum Staatssekretär. Reichskanzler Marx, dem das Reichsministerium für die besetzten Gebiete noch untersteht, wohnte den Verhandlungen bei. Die Beratung erfolgte auf Grund eines am 26. März von den vier Regierungsparteien zum Haushaltsplan für 1926 gestellten Antrages, nachdem nicht die Stelle eines Staatssekretärs, sondern nur die eines Generalkommissars in den Etat eingestellt werden sollte. Dieser Antrag war vom Plenum nicht erledigt, sondern an den Haushaltsausschuss zurückverwiesen worden.

Als erster Redner legte Abg. Esser (Ztr.) dar, daß nach Ansicht seiner Freunde die Regierung bis zur Erledigung dieses Antrages die Ernennung eines Staatssekretärs nicht vornehmen dürfe. Es fehle dieser Ernennung jede staatsrechtliche Grundlage. Für das Zentrum sei die Frage nicht nur eine staatsrechtliche, sondern eine politische. Der Schwerpunkt im Kabinett sei erheblich verschoben, denn jetzt wäre die Ernennung eines Ministers ausgeschlossen, da nur eine der beiden Stellen besetzt werden dürfe.

Reichskanzler Marx und Ministerialdirektor Lohholz bemühten sich in längeren staatsrechtlichen Darlegungen, die Ernennung als zu Recht erfolgt hinzustellen. Demgegenüber hob Genosse Sollmann in längerer vom Ausschuss mit größter Aufmerksamkeit verfolgter Rede hervor, daß alles, was bisher gesagt sei, die Tatsache nicht aus der Welt schaffen könne, daß mit diesem Antrag eine Willensäußerung von vier Regierungsparteien gegen die Ernennung vorliegt. Er wies ferner darauf hin, daß die Frage bei Gelegenheit des Nachtragsrats für 1926 zusammen mit der Regelung einer anderen Stelle erfolgen sollte. Es sei deswegen nicht zu verstehen, weshalb diese Ernennung jetzt so urplötzlich erfolgt sei, nachdem sie jahrelang zurückgehalten worden war. Die Ernennung erfolgte in einem Augenblick, als Herr Schmid in denkbar schroffer Weise gegen die Sozialdemokratie Stellung genommen hat. In einer Rede in Essen am 28. Mai hatte nach der „Kölnischen Zeitung“ Herr Schmid u. a. ausgeführt, es handle sich bei der Fürstenabfindung gar nicht um diese selbst, sondern um die große Auseinandersetzung zwischen bürgerlicher Rechtsordnung, Eigentum und christlicher Moral auf der einen und Rechtsbruch, Raub und Bolschewismus auf der anderen Seite.

Keinem deutschen Beamten bestreite er das Recht der freien Meinungsäußerung, aber der leitende Beamte des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete müsse, wenn er zu seinem Amt qualifiziert sein wollte, größere Zurückhaltung üben als andere Beamte. Sein Streben müsse dahin gehen, die Parteien des besetzten Gebietes zusammenzuführen und zusammenzuhalten, nicht aber sie gegeneinander zu heben. Herr Schmid besitze nach seiner Auffassung nicht die dazu nötigen geistigen und moralischen Qualitäten. Der leitende Mann des Rheinministeriums müsse aus nationalen Gründen ein Mann sein, der getragen würde vom Vertrauen aller Kreise der Bevölkerung. Dieses Vertrauen fehle Herrn Schmid nach der Ueberzeugung der Sozialdemokratie durchaus.

Unmittelbar nach dem Genossen Sollmann nahm Reichskanzler Marx wieder das Wort, um zu versichern, daß die Ernennung des Herrn Schmid bereits vor seiner angebotenen Rede erfolgt sei. Herr Schmid bestreite Angriffe und Beleidigungen der Sozialdemokratie. Dr. Marx sagt zu, daß die Angelegenheit aufs sorgfältigste — untersucht werden würde!

Abg. Erising (Ztr.) unterbricht die Ausführungen des Genossen Sollmann nach jeder Richtung. Die Lasten des Abwehrkampfes seien in erster Reihe von den Anhängern des Zentrums und der Sozialdemokratie getragen worden und er müsse erklären, daß auch in den Kreisen der Zentrumspartei des Rheinlandes diese Ernennung außerordentlich schlecht gewirkt habe.

In längerer Rede hemmte sich der Abg. Dr. Cremer (Dt. Sp.) seinen Parteifreund (Schmid) ist 1924 zum volksparteilichen Mitglied des Preussischen Landtages gewählt worden) reinzuwaschen und betonte vor allen Dingen, daß die angegriffene Rede nicht in einer öffentlichen, sondern in einer geschlossenen Sitzung gehalten worden sei.

Gegenüber den Versuchen Dr. Cremer, Schmid reinzuwaschen, hielten Abg. Esser und Genosse Sollmann ihre Kritik voll aufrecht. Die Abstimmung über den Antrag der Regierungsparteien wurde auf Wunsch der Antragsteller ausgefällt.

„Die Welt, in der man sich langweilt.“

Staatstheater.

Die Damen auf der Bühne tragen den Pariser Cut, der zwischen Rücken und Fortsetzung einen Kamelhöder plaziert. Die Röcke werden aufgerafft, damit sie nicht allzu begierig den Staub der Salons und den Sand der Gärten ansammeln. Und die köstlichen Hüthen, die einem Blumenboot gleichen!

War unser Großtante blond und blauäugig, dann sah sie auch in dieser Verpackung entzückend aus. Unsere Großtante, die damals brillierte und von sehr verliebten, durch tausend Farben impressionistisch berauschten Künstlern gemalt wurde, hat um diese Zeit (um 1880) geküßt, für Schopenhauer geschwärmt, sich ein bescheidenes Verleton von Emanzipationsworten zugelegt und schließlich in Gesundheit und Geduld ein Duzend Kinder geboren. Unser Großtante hatte Schwestern in Berlin und Paris und sogar auf französischem Adelsboden. Hier in der hübschen Welt der Faulheit, der Intrige und der Kastenborniertheit, ist ihr Eduard Pailleron begegnet. Er entnahm dieser Welt den Stoff zu seiner unterhaltenden Komödie von der Welt, in der man sich langweilt. Die deutsche Komödie und Pöbel dieser Zeit ist etwas größer, umwegiger und Kryth-Pyrrher.

Das Staatstheater mottelt im Sommer nicht ein, sondern diese Komödie aus. Das Staatstheater darf sich eben jeden Luxus gestatten, da es keine Luxussteuer zu zahlen hat.

Aber in dem Pailleronschen Lustspiel ist nur noch eine gedehnte Antiquität vorhanden. Verdeutschte übrigens, so wie jetzt verdeutschte, ist diese Antiquität eine nicht mehr erfreuliche Scharfete. Die närrischen Blauschürmpfe und die aus Süßholz geschnittenen Professoren und der Tragödiendichter als Idiot und die Engländerin mit dem Spleen und die schrullige Gräfin und selbst die lächerliche Herzogin, die die jungen Leute ins Bett helfen möchte, all diese Menschen sind nur noch Theatergespenster, sind nur noch Ideenrespekt, die nicht mehr wach zu stehen sind. Man gerät nicht in Jubiläumsschreie, sondern nur in Grabesstimmung.

Die Aufführung schlecht und recht, improvisiert, sogar in einem etwas verfallenen Saal, erledigt. Einzelleistungen von Rosa Bertens, Karl Ebert, Lucie Mannheim und Maria Pauller erlustigen, doch über der Bühne, die allzu prächtig aufgemacht war, und über dem nur holdfürstlich durcheinandergesprenkten Ensemble lag Hundstagsluft.

Mag Hochdorf.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Der Spielplan für die Volksnachmittage für Windersemester in der Stadtischen Oper ist wie folgt geändert: Sonnabend, den 12. Juni „Das Rheingold“, 19. Juni „Der fliegende Holländer“, 26. Juni „Das Rheingold“, 3. Juli „Die Zauberflöte“. Preis der Karte einschließlich Garderobekasse und Theatergetränk 1.50 Mark. Karten sind zu haben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Prenzlauer Berg, 2. Hof 2. Tr., in der Vorwärtsbuchhandlung Lindenstr. 2 und in allen bekannten Verkaufsstellen.

Briand-Anekdoten.

Léon Treich, der maliziöse Chronist des parlamentarischen Frankreich unserer Tage, veröffentlicht in der Nouvelle Revue Française eine neue Sammlung seiner „Politischen Geschichten“. Einige der besten, die auf Briand zielen, dessen galliger Wig bei Zeiten Anekdoten um sich häuft, wollen wir unseren Lesern nicht verenthalten:

Briand, das ehemalige Mitglied der sozialistischen Kammerfraktion, und Wandervogel, der Vorsitzende der II. Internationale, vertraten ihre Länder in Locarno.

Ran macht Briand auf diesen Umstand aufmerksam, der darauf folgende Anekdote beisteuerte:

„Unter der Präsidentschaft Millerands wurde ich als Ministerpräsident beauftragt, das Oberhaupt der polnischen Republik in Paris zu empfangen — Marschall Pilsudski. Mit äußerster Würde begrüßten wir uns auf dem Bahnhof. Im offiziellen Gespräch wechselte der Marschall mit mir kaum ein Wort. Einmal indessen hörte ich ihn murmen:

— „Bist du es auch?“

„Mit einem Seufzer gab ich zurück:

„Ja!“

Abends großes Dinner im Elgise, Loafte, Ansprachen. Die beiden Präsidenten beglückwünschten sich nach den Redeprotokollen. Später nähert sich mir der Marschall und fragt mich mit unaufälligem Hinweis auf Millerand: „Sag, ist es noch derselbe?“ — Seufzend antwortete ich wiederum: „Ja!“ —

„Was wollen Sie,“ schloß Briand, „wir waren alte Bekannte. Pilsudski vertrat Polen auf dem Amsterdamer Sozialistenkongress, Millerand und ich vertraten Frankreich.“

Das war während einer der vielen deskalen franko-britischen Verhandlungen. Nach einem der allzu häufigen Ausbrüche seines Temperaments suchte Lloyd George wie gewöhnlich seinen schlechten Eindruck wieder weitzumachen und wollte Briand schmeicheln.

— „Ah, mein Herr Präsident, zu was für einer großartigen Rasse zählen Sie. Ich meine die Bretonen. Und was für prächtige Soldaten gaben sie im Kriege ab!“

— „Ja — ja —“ machte Briand.

— „Ja, wissen Sie, ich spreche als Kenner. Einmal, an der Front, habe ich sie zum Angriff gehen sehen!“

— „Ah!“ sagte Briand.

— „Welche Siegesgewißheit! Welcher Enthusiasmus! In der Tat, es war wunderbar!“

— „Rein,“ sagte Briand, „da war gar nichts Wunderbares dabei, sondern nur ein ganz natürlicher Instimm, der in ihnen seit Jahrhunderten wach ist.“

— „Ranu, nanu,“ machte Lloyd George.

— „Sie glauben, mein lieber Premier, daß sie sich mit den Engländern herumzuschlagen!“

— „Dah!“

— „Sie waren jenseits davon überzeugt, und man hat nichts getan, es ihnen auszusprechen.“

— Der Gallier strich sich vergnügt schmunzelnd den Schnurrbart.

Ein Jahr später, während einer der Sitzungen des Obersten Rates in Cannes, ließ Lloyd George wieder einmal das britische Phlegma fallen und wandte sich unvermittelt an einen der französischen Minister:

— „Ah, ihr Franzosen, was seid ihr eitel. Aber gebt acht! Von der Eitelkeit zum Lächerlichen ist nur ein Schritt!“

— „Ja, der Pas de Calais!“ sagte Briand so nebenbei. (pas frz. Schritt; Pas de Calais = Meerenge von Calais.)

Paul Whiteman über den Jazz. Der amerikanische Jazzbandführer Paul Whiteman, der nach Berlin gekommen ist, um mit seiner Truppe drei Konzerte im Großen Schauspielhaus zu geben, äußerte sich zu einem Pressevertreter über die Geschichte und Zukunft des Jazz wie folgt: Die einzige Form der amerikanischen Volkskunst ist bisher der Jazz. Alle anderen Kunstformen, besonders in musikalischer Beziehung, hat Amerika von Europa übernommen. Die Indianermusik hat keinen Boden gefunden, nur der Rhythmus der Negermusik hat auf den Lebensbeziehungen Amerikaner einen großen Einfluß ausgeübt. Damals, in den Anfängen des Jazz, der schon nach kurzer Zeit in seiner Verspieltheit alle musikalischen Formen vollkommen aufzulösen drohte, griff ich, angelockt durch die neuen Tonkombinationsmöglichkeiten, diesen Jazz, der sich selbst zu zerlegen drohte, auf und disziplinierte ihn. Ich suchte aus ganz Amerika die besten Solospieler heraus und setzte im Verlaufe von mehreren Jahren Tonbilder, die nun mit einer Gestalt ausgeführt werden, die bei den gewöhnlichen Orchestern nie erreicht werden konnte. Doch ich gern einfache Themen wähle, einfache Tanzthemen, darf mir der Deutsche nicht vormerken, denn schließlich hat auch der Franzose Tänz geschrieben. Es kommt ja doch nur darauf an, was ich mit Hilfe eines neuen Instruments, als Ganzes genommen den Jazz, für neue Wirkungen heraushole.

Automatische Luftpost. Im französischen Luftdienst ist jetzt erstmalig eine automatische Einrichtung zur Beförderung der Luftpost probeweise eingerichtet worden. Von einer großen drahtlosen Sendestation aus werden die Postflugzeuge in der Form eines Stromlinienzylinders dirigiert, ohne eines Führers zu bedürfen. Eine beleuchtete Kontrollleuchte in der Zentrale gibt jederzeit den Stand und die Geschwindigkeit jedes Flugzeuges an. Die einzelnen Pakete Expresspost sollen im Stahlkörper des fliegenden Postboten in je einer besonderen Abteilung, mit einem Fallschirm versehen, angebracht sein. Ist das Flugzeug über einen Ort angelangt, für den es Post mit sich führt, so gibt der Kontrolleur in der Zentrale ein drahtloses Signal, eine kleine Tür am Körper des fliegenden Zylinders öffnet sich und das betreffende Briefpaket fällt heraus, ohne daß das Flugzeug auch nur seine Geschwindigkeit vermindert.

Theaterchronik. Im Theater l. d. Königgräber Straße beginnt die Sommerfestzeit am Donnerstag unter der Leitung von Emil Berlich mit dem Lustsp. „Cecillie Engel“ von Koel Comarb.

Ende der Kirchenfänge. Der Papst hat durch einen Erlass an den spanischen Klerus die liturgischen Tücher, die in einigen spanischen Städten seit Jahrhunderten gezeugt werden und die einen der Hauptaussehenspunkte der Meßenden bilden, verboten. Die berühmtesten dieser Tücher sind die von der Kathedrale in Sevilla, wo Krühen in goldgestickten Theaterskostümen Langvorführungen an jedem dritten Tage der Woche veranstalten.

Nur noch bis Sonntag

liegen die Stimmlisten für den Volksentscheid aus. Jeder muß sie nachsehen, damit Nichtstimmberichtigte gestrichen und alle Stimmberechtigten aufgenommen werden!

Demokraten gegen Hindenburg.

Sie stimmen mit Ja.

Der „Staatsbürgerliche Ausschuss zur Förderung des Volksentscheids“, eine Gruppe von Demokraten, an deren Spitze Senatspräsident Dr. Großmann steht, veröffentlicht zum Schreiben Hindenburgs einen Aufruf, in dem es heißt:

„Die persönliche Auffassung, die Hindenburg in dem veröffentlichten Privatbriefe niedergelegt hat, ist die Meinung eines Mannes, der nach seinen eigenen Worten „sein Leben im Dienste der Könige von Preußen und der Deutschen Kaiser“ verbracht hat und das Volksbegehren „als einen bedauerlichen Mangel an Traditionsgefühl und als groben Unbarm“ empfindet. Nur aus dieser Denkungsart versteht man die grundlegenden Irrtümer, die dem Reichspräsidenten in seinem Briefe unterlaufen sind. Hindenburg steht in dem Begehren auf Fürsteneignung einen sehr bedenklichen Vorstoß gegen das Gefüge des Rechtsstaats, dessen tiefstes Fundament die Achtung vor dem Gesetz und dem gesetzlich anerkannten Eigentum ist. Er fürchtet, daß auf diesem Wege der Enteignung weitergegangen und damit dem deutschen Volke die Grundlage seines kulturellen, wirtschaftlichen und staatlichen Lebens entzogen werden könne.

Wir stehen auf dem Boden des Rechtsstaats und achten das Gesetz und das gesetzlich anerkannte Eigentum. Aber das, was die vormaligen Fürsten dem Volke vorenthalten wollten, ist zum weitest überwiegenden Teil eben nicht rechtlich erworbenes Privateigentum, sondern es sind Güter, die wie Wusterhausen, Schwedt-Bierbrunn und Flatow-Krojanke durch unmittelbares Eingreifen der Krone und gegen die klaren, in Gesetzesgestalt niedergelegten Absichten des alten Fritz dem Staate entfremdet und der Krone zugeschanzt worden sind. Es sind Güter, deren Erträge den Fürstentümern zu repräsentativen Zwecken dienen und nach Wegfall dieses Zweckes dem Staate zustehen, von dem sie stammen. Endlich sind es Güter und Reichtümer, die die Fürsten jetzt gegen das Wohl des Staates gebrauchen wollen, in dessen Dienste sie erworben sind. Als Bismarck das große Vermögen des westlichen Königshauses beschlagnahmte, ist er nicht über juristische Zwirnsfäden gestolpert, sondern diente dem Vaterlande. Sein weitsehender, staatsmännischer Blick erkannte, daß die Gedankengänge des Privatrechts da versagen müssen, wo es sich um die Notwendigkeit des Staates gegen feindliche Fürstenmacht handelt. Fürsteneignung ist keine privatrechtliche, sondern eine staatspolitische Tat und hat mit dem Rechtsgrundlage des Privateigentums nicht das geringste zu tun.

Als grundsätzliche Befürworter des Privateigentums, als Freunde der Verfassung und Anhänger des Rechtsstaates fordern wir unsere Mitbürger auf, sich durch keinerlei Kundgebung, sie komme woher sie wolle, in ihrem gefunden und natürlichen Urteil, in ihrem ethischen Bestreben auf Herstellung des wahren Rechtes beizugehen zu lassen. Das deutsche Volk hat sich das Recht gegeben, in der verfassungsmäßigen Form der Volksabstimmung frei über die großen Grundfragen des Rechts und der Politik zu entscheiden. Frei wie unsere Verfassung, unbeflügelt von irgendeiner Autorität, soll am 20. Juni auch unsere Abstimmung sein und soll gegenüber den Machenschaften eines von Loebell und anderen Monarchisten den großen Sach der Weimarer Verfassung betragenden:

„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus!“

Wir stimmen am 20. Juni mit „Ja“!

Zu den Unterzeichnern gehören neben dem schon genannten Senatspräsidenten Dr. Großmann der demokratische Landtagsabgeordnete Ruschke und andere im demokratischen Lager bekannte Persönlichkeiten.

Die Katskrise des Völkerbundes.

Eine Sondertagung im August?

Paris, 9. Juni. Der Havas-Berichter über die Beratungen, die zwischen Chamberlain und Briand gestern über die Frage der Umgestaltung des Völkerbundes geführt wurden: Die Krise, die durch die Haltung Brasiliens und Spaniens entstanden sei, werde täglich verwickelter. Man müsse den interessierten Ländern, nämlich Spanien und Brasilien, die Sorge überlassen, zuerst ihre endgültige Haltung kundzugeben. Spanien habe, nachdem es zuerst erklärt habe, sich im Verlaufe dieser Völkerbundstagung nicht vertreten zu lassen, einen Vertreter entsandt. Man wisse aber nicht, was es morgen tun werde. Brasilien scheine keinen solchen festen Standpunkt eingenommen zu haben, und man habe gestern Abend sogar behauptet, daß es heute im Völkerbundrat vertreten sein werde. Briand und Chamberlain seien deshalb der Ansicht, daß der Prüfungsausschuss, der über die Erweiterung des Völkerbundesrats verhandelt hat, nicht wie vorgesehen, am 28. Juni zusammentreten soll. Dagegen werde der Völkerbundrat im August vor der Völkerbundstagung im September eine Sondertagung abhalten, um die Krise zu entwirren, bevor aufs neue die Frage der Zulassung Deutschlands vor den Völkerbund komme. Auf dem Wege der diplomatischen Verhandlungen wolle man in der Zwischenzeit den Versuch machen, die bestehenden Schwierigkeiten zum Besten eines jeden Landes und des Völkerbundes zu regeln.

London, 9. Juni. (W.B.) Der Genfer Berichterstatter des Reuters-Bureaus hat bereits erfahren, daß die für den 28. Juni festgesetzte Tagung des Ausschusses für die Zusammenfassung des Völkerbundesrats bereits verschoben worden ist und daß eine außerordentliche Tagung des Völkerbundesrats vor der Zusammenkunft der Versammlung im September zur Behandlung der Frage einberufen werden wird. Dies, so verlautet weiter, bedeutet, daß bisher keine Vereinbarung mit Spanien und Brasilien bezüglich der künftigen Zusammenfassung des Völkerbundesrats erzielt worden ist.

Gegenstände zwischen Primo de Rivera und dem spanischen König.

London, 9. Juni. (W.B.) Der Genfer Berichterstatter des „Morning Post“ erfährt von gut unterrichteter Seite, daß Duanes de León, soweit Madrid in Betracht komme, vollkommen ausgeschlossen sei und wahrscheinlich als Botschafter in Paris und als Vertreter beim Völkerbund zurückzuziehen werde. Quere Boule sei auf direkte Intervention des spanischen Königs angewiesen worden, an den Ratsitzungen teilzunehmen, statt den Sitz offen zu lassen, wie es Primo de Rivera gefordert hatte.

Beschluß des spanischen Kabinetts.

Madrid, 9. Juni. (U.) Das spanische Kabinett hat beschlossen, an seinen Genfer Forderungen auf einen fröhlichen Ratsitz für Spanien festzuhalten.

Sichert euer Stimmrecht zum Volksentscheid!

Prüft die Liste der Stimmberechtigten!

Die Mahnung, zur Vorbereitung des Volksentscheides zunächst mal die Liste der Stimmberechtigten zu prüfen, sollte ohne weiteres von jedem beherzigt werden, der für das Gesetz zur Fürsteneignung stimmen will. Wer begriffen hat, daß er bei diesem Volksentscheid nur mit „Ja“ stimmen kann, dem muß daran liegen, daß er vorher sich rechtzeitig vergewissert, ob er in der Liste der Stimmberechtigten steht. Denn wer nicht in ihr verzeichnet ist, der darf am 20. Juni nicht mitstimmen.

Man soll sich ein Beispiel nehmen an den Schülern der Monarchen, an den Schwarzwaldknoten, die den Zweck dieses Volksentscheides vereiteln möchten. Diese Kreise bemühen sich, ihren Leuten klar zu machen, wie sehr es für sie darauf ankommt, die Listen der Stimmberechtigten zu prüfen und für jeden etwa darin fehlenden Stimmberechtigten die nachträgliche Aufnahme zu erwirken. Auch wer sich der Abstimmung enthalten will, fällt für das Ergebnis des Volksentscheides mit ins Gewicht — wenn er nur in der Liste der Stimmberechtigten steht. Soll das Verlangen der Fürsteneignung zum Gesetz werden, so muß über die Hälfte aller in den Listen verzeichneten Stimmberechtigten mit Ja gestimmt haben. Je größer die Zahl der Stimmberechtigten wird, desto größer wird auch die erforderliche, über die Hälfte hinausgehende Zahl derer, die für die Fürsteneignung mit Ja gestimmt haben müssen. Die Aufgabe, mindestens diese Hälfte zu überschreiten, wird um so schwieriger, je mehr Schüler der Monarchen in den Listen stehen. Darum bemühen diese Stimmberechtigten sich, Gewißheit darüber zu erlangen, ob sie möglichst vollständig aufgenommen sind. Sollen wir, die wir für die Fürsteneignung mit Ja stimmen werden, in unserer Pflicht uns durch jene beschämen lassen? Nein, wir sollen alle heiztzeiten durch Prüfung der Listen uns vergewissern, ob unser Stimmrecht für den 20. Juni gesichert ist. Die Listen liegen an den durch öffentliche Anschläge bekanntgegebenen Stellen nur noch bis Sonntag (13. Juni) aus.

Jeder hat das Recht und die Pflicht, nicht nur sich selber und anderen das Stimmrecht zu sichern, sondern auch Einspruch zu erheben, wenn er bemerkt, daß ein anderer zu Unrecht in die Liste aufgenommen worden ist. Das kann vorkommen bei Personen, die noch nicht das Stimmrecht haben oder für die es aus irgendwelchen Gründen zeitweilig ruht, auch bei Personen, die längst verstorben sind, weiter bei solchen, die längst aus dem Bezirk verzogen sind und in die Liste ihres neuen Wohnbezirks aufgenommen wurden, aber auch noch in der Liste des alten Bezirks stehen blieben. Gegen solche unrichtige Zuteilung des Stimmrechtes kann jeder, der den Sachverhalt kennt, Einspruch erheben — und jeder, der für die Fürsteneignung mit Ja stimmen will, muß die rechtzeitige Streichung solcher unrichtig aufgenommenen Personen fordern, damit nicht durch künstliche Erhöhung der Gesamtzahl der Stimmberechtigten die Erreichung der nötigen Anzahl Ja-Stimmen erschwert wird.

Ein unverdächtigter Beeinflussungsversuch.

Eine umfangreiche Propaganda wird von den Fürstendienern getrieben, um unter Hinweis von Vorteilen auf diejenigen einzuwirken, die für das Volksbegehren gestimmt hatten, der Abstimmung zum Volksentscheid fernzubleiben. So erschien gestern in einem Hause der Steinmetzstraße bei kinderreichen Familien eine Dame, die sich als Beauftragte des „Christlichen Frauenbundes“ ausgab, um Erkundigungen wegen evtl. Hilfe zur Abwendung der Rot einzuziehen. Bereitwillig gaben die zumeist in Rot befindlichen Arbeiterfrauen Auskunft. Geschickt kommt die Dame auf den bevorstehenden Volksentscheid zu sprechen und weist an Hand eigener Aufzeichnung nach, daß die Familie auch für das Volksbegehren gestimmt habe und gibt den Rat, um nicht der zu beantwortenden Unterstützung verlustig zu gehen, diesmal der Abstimmung fernzubleiben. Da doch die Eintragungslisten des Volksbegehrens nur Beamten zugänglich waren, so ist die Frage sehr berechtigt, aus welchen Quellen die Privatpersonen ihre Wissenschaft geschöpft haben.

Ueberfälle und zunehmende Unsicherheit.

Die Unsicherheit in der nächsten Nähe Berlins läßt zurzeit recht viel zu wünschen übrig. In Erinnerung ist noch der dreimalige Ueberfall bei Wuhlgarten. In der vergangenen Nacht wurde ein alter Pensionär G. aus der höchste Straße und eine ältere Dame, die Bekannte in Malchow besucht hatten, das Opfer eines Raubüberfalles. Beide begaben sich gegen 1 Uhr nachts nach der Endhaltestelle der Straßenbahn an der Ecke der Berliner Allee und der Franz-Joseph-Strasse in Wehensee, um nach Berlin zurückzufahren. Etwa 200 Meter vor dieser Stelle kamen plötzlich drei Burshen, die im Schatten eines Gebüches versteckt gestanden hatten, hervorgezungen und schlugen mit dem Ruf: „Geld her!“ auf die Auhnungslosen ein. Einer entriß der Frau einen Beutel, in dem er sicher Geld vermutete, der aber nur einige Stellen enthielt. Als die Ueberfallenen sich zur Wehr setzten und um Hilfe riefen, gab einer der Räuber auf G. vier Schüsse ab, die aber zum Glück alle fehlgingen. Beim Herannahen anderer Leute ergriffen die Wegelagerer die Flucht und entkamen. Sie können leider nicht beschrieben werden, weil die Ueberfallenen sie in der Dunkelheit nicht näher sehen konnten. — Bewegliche Klagen gehen uns von verschiedenen Seiten über die Unsicherheit an der Königshöhe zwischen Johannisthal und Baumhuldenweg zu. Dort treibt ein Exhibitionist sein Unwesen, der die Mädchen und Frauen durch sein schamloses Betragen nicht allein erschreckt, sondern auch vor Ueberfällen nicht zurückerschreckt.

Eisenbahnunglück auf der Wriezener Strecke.

Auf der Berlin-Wriezener Strecke in der Nähe von Wriezener ereignete sich in der letzten Nacht ein bedauerliches Eisenbahnunglück, der jedoch noch der vollen Aufklärung bedarf. Infolge der starken Regengüsse war ein Gleise von Sandmassen überspült, so daß, als der in der Nacht fahrende Güterzug über die Strecke rollte, die Lokomotive und ein Wagen entgleiste. Der Lokomotivführer und der Heizer erlitten Verletzungen. Der Verkehr mußte zunächst durch Umsteigen aufrechterhalten werden, die Strecke wird jedoch im Laufe des Tages wieder frei. Die Tatsache, daß dieses nicht unerhebliche Unglück nicht früher bekannt geworden ist, ist wohl daraus zurückzuführen, daß sich das Unglück im Bereich der Reichsbahndirektion Stellen ereignet hat. Immerhin würde es zu befragen sein, wenn eine übergeordnete Instanz dafür Sorge tragen würde, daß ein Unglück, das im Berliner Verkehrsbereich sich ereignet, in Berlin auch zur allgemeinen Kenntnis gebracht wird.

Großer Japansstreik. Zum Ruffest des vereinigten Ruffestors des Westkreises III war gestern Abend im Stadion alles vorhanden, was ein braves Militärerkennen erfreuen konnte. Etwa dreihundert Reichswehrminister in Stahlhelm und Stiefel spielten die Tannhäuser-Ouvertüre altpreußisch und verwandelten „Wiener Blut“ in Potsdamer Blut. Am besten gelang das An- und Ablegen der Instrumente, das geschah mit einem Auf, eine Hebung, deren Zweck nicht recht ersichtlich ist. Und dann gab es Marsche, als Verfasser des ersten zeichnete sogar eine „Erbsprinzessin von Sachsen-Weinungen“ perantworlich; man sieht also, daß es immer Fürstlichkeiten gegeben hat, die auf ethische Art und Weise

ihre Riesenvermögen verdient haben. Dann kam der Japansstreik, die Begeisterung schwang sich dabei zu einem dreifachen Hoch auf Hindenburg auf, das allerdings dem Generalfeldmarschall galt und nicht dem Reichspräsidenten. Bislang der vergangenen Herrlichkeiten tauchten auf, und wurden hin und wieder durch Regengüsse gestört.

Die „Sommerchau“ bis zum 27. Juni verlängert.

Das außerordentliche Interesse, daß die vom Oesterreichisch-Deutschen Volksbund mit Unterstützung des Berliner Reichsamtes seit dem 21. Mai im Funthaus veranstaltete „Alpenländische Sommerchau“ in allen Teilen der Bevölkerung wecke, hat die Ausstellungsleitung veranlaßt, die Veranstaltung bis zum 27. Juni einschließlich zu verlängern. Vom 7. Juni bis zum 18. Juni wird die Ausstellung und der mit ihr verbundene Wiener Prater mit einem völlig neuen großen Feststadtdiagramm und neuen Kapellen täglich von 6 bis 1 Uhr nachts (Sonntag ab 4 Uhr) für den Preis von 1,25 M., Kinder 0,50 M. (einschließlich Gesellschaftstanz) geöffnet bleiben.

Zurückzieher in Petersburg. Zu unserer Notiz im heutigen Morgenblatt „Ungetreue Gemeindevorsteher in Petersburg“ teilt uns der Gemeindevorsteher Gen. Radomski mit, daß der Gemeindevorsteher den Ausdruck „Gesinde“ zurückgenommen hat.

Arbeiter-Sänger-Durch. Gen. Berlin. Gemäß dem Beschluß der Gau-Generalsammlung, daß alle Sängerkorps in den Diensten für den Volksentscheid zu stellen haben, ersuchen wir die Sangesgenossen, Sonntag, den 14. Juni, abends 7 Uhr an der Demonstration im Lustgarten teilzunehmen. Gelungen wird auf der Treppe der National-Galerie: „Wolgang der Böller“ und „Oh warte dein“. Treffpunkt 7 Uhr an der Kuleumbstreppe.

Die gestrigen Kundgebungen.

Im Roabiter Gesellschaftshaus hielten gestern Abend unsere Genossen vom Bezirk Tiergarten eine Versammlung zum Volksentscheid ab, die einen sehr starken Besuch aufzuweisen hatte. Genosse Kufhäuser, der das Referat hielt, ging zunächst in seiner ausführlichen Rede auf die Forderungen der Fürsten ein, um sich dann dem Hindenburg-Brief zuzuwenden, der vor einigen Tagen im „Vorwärts“ veröffentlicht wurde. Die Rechtsprelle stellt es so hin, als ob dieser Brief, den der Reichspräsident an den ehemaligen Staatsminister von Loebell gerichtet hat, eine Privatäußerung sei. Rag dem so sein, aber die Form, in der seine Veröffentlichung geplant war, hebt ihn darüber hinaus. Man stelle sich einmal vor, Ebert lebte noch und er hätte für die entscheidungslose Enteignung der früheren Fürsten genau in der gleichen Form Stellung genommen, wie Hindenburg jetzt dagegen Stellung nimmt. Die Rechtsparteien hätten sich in Entrüstung überflogen. Man hätte dem Reichspräsidenten einseitige Stellungnahme zugunsten einer Partei vorgeworfen. Wir sehen die Dinge mit anderen Augen, lassen aber keinen Zweifel darüber aufkommen, daß wir die Motivationen schon zu deuten verstehen. Für uns ist die Linie klar gezogen. Jetzt erst recht Volksentscheid!

Die Schöneberger Genossen veranstalteten einen Werbeumzug und anschließend eine Versammlung. Mit Plakaten und Transparenten, die auf den 20. Juni wiesen, mit Fahnen und Musik gings durch die Straßen des Bezirks. An beiden Seiten des Zuges sammelte sich eine große Mitläuferschar, die mit einstimmigen in die Rufe der Demonstration: „Am 20. Juni wird mit „Ja“ gestimmt!“ Noch längerem Umzug gings zum Lauterplatz, wo im Rathaus Genosse S. Weinberg zu der Versammlung im treffenden Worten mit der heftigsten Agitation der Reden unter dem Beifall der ganzen Versammlung abrechnete. — Auch in Treptow trafen sich gestern die Genossen zu einem Umzug. Die von der Partei herausgegebenen Plakate wurden als Transparente im Zuge mitgeführt. Selbst in den Villenstraßen Treptows war die Aufnahme der Propaganda sehr gut. Die zahlreiche Mitläuferschar füllte schon fast den ganzen Versammlungssaal. Genossin Bohm-Schuch gab in kurzen Ausführungen einen kurzen Überblick auf die Prozesse der Fürsten, die zum großen Teil den Fürsten ungeheure Werte zusprachen. Aus diesen Urteilen ist der Antrag der Sozialdemokratie entstanden. Wir wollen die den Fürsten zugedachten Summen für das deutsche Volk, für die Opfer des Krieges retten. Wenn, wie in Weidenburg, die Arbeiterchaft in ganz Deutschland wachsam ist, ist der Sieg des Volksentscheids gewiß. — In einer überaus stark besuchten Versammlung in der Hohenzollernschule, Belgischer Ecke Eisenacher Straße, sprach Genosse Wilhelm Landa über das Thema: „Volksentscheid ist Volksgericht!“ Von stürmischem Beifall der erregten Anwesenden unterbrochen, gestellte Genosse Landa die schamlose Rauberpolitik der 22 Expatentaten, 2 1/2 Milliarden verlangen sie von einem Volk, das 2 Millionen Arbeitslose, 1 Million Kurzarbeiter und 1 Million Kriegserwitwen und -waisen hat! Gegen diese Clique am 20. Juni mit aller Energie anzukämpfen, ist Pflicht jedes einzelnen Volksgenossen, der es mit dem Wohl seines Landes ernst meint. (Stürmischer Beifall.) Vor der Versammlung hatte ein impolanter Zug mit Fahnen und Werbegelakaten für den Volksentscheid stattgefunden, an dem sich auch das Reichsbanner beteiligte.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung, Berliner Abteilungsleiter und Referenten!

Morgen, am 10. Juni, zählt sich zum zweiten Male der Tag, an dem der Generalsekretär der italienischen Sozialistischen Partei, Giacomo Matteotti, von Faschisten, die im Auftrage Mussolinis handelten, auf offener Straße überfallen, verschleppt und bestialisch ermordet wurde. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale hat auf der letzten Tagung ihrer Exekutive in Zürich die ihr angeschlossenen Parteien ersucht, das Andenken dieses Märtyrers des Proletariats zu ehren. Dies ist im Hinblick auf den großen Kampf um den Volksentscheid bei uns bereits vor Wochen durch die große Kundgebung in der „Neuen Welt“ geschehen.

Heute Abend finden in fast allen Abteilungen Groß-Berlins Mitgliederversammlungen bzw. Zahlabende statt, die dem Kampf um den Volksentscheid gewidmet sind. Die Abteilungsleiter oder Referenten werden ersucht, zu Beginn der heutigen Versammlungen des Loses zu gedenken, der im Kampfe gegen den Faschismus nicht nur für die Italiensche, sondern für die gesamte internationale Arbeiterchaft gefallen ist.

6. Kreis Kreuzberg. Arbeiterwahlklub: Donnerstag, den 10. Juni, abends 7 Uhr, im Bezirksamt Kreuzberg, Poststr. 11. Mitwirkende: Bilder aus der modernen Wahlkämpfe, Sozialen Aufgaben, öffentliche Mittel und Fürsteneignung. Alle Genossen sind herzlich eingeladen. — Um 8 1/2 Uhr, im Bezirksamt, Zimmer 101, Besprechung mit den Bezirksarbeitern und Bezirksabteilungsleitern der Wahlkämpfe.

25. Abt. Mitte. Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Zahlabende. Tupper, Kleiner Str. 66. — Schul-, Samariterstr. 20. — Heute, Freitag, 20. — Vorwärts, Schermerstr. 22.

10. Kreis. Heute Mittwoch, 8. Juni, abends 8 Uhr, bei Hietke, Wollstraße, wichtige Funktionärsversammlung.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

13. Kreis Tempelhof, Marienborf, Mariensfelde, Pflanzende. Am Dienstag, den 8. Juni verstarb nach schwerem Leiden unser Genosse Georg Neumann, Tempelhof. Für ihn ging ein würdiger Abschied für den Sozialismus dahin. Er hinterließ Hinterbliebenen. — Ueber Einsegnung erfolgt besondere Mitteilung.

28. Abt. Holzener. Sonntag, den 7. Juni, verstarb unser Genosse Alfred Thillig, Holzener-Liederstr. 6. Beerdigung am Donnerstag, den 10. Juni, vormittags 11 Uhr in Berlin. Wir erwarten zum Besten.

Bewegungsbewegung

Die Bergwerksbesitzer und die Unfallstatistik.

Die Herren fühlen sich getroffen.

Den Unternehmern im Ruhrbergbau ist die Veröffentlichung der Unfallstatistik im preussischen Bergbau auf Grund der amtlichen Nachweisung offenbar auf die Nerven gefallen. Die U. L. mußte daher die Behauptung verbreiten, die Unfallziffern für das Jahr 1925 hätten in sozialdemokratischen und anderen linksstehenden Zeitungen zu irreführenden Darstellungen über die Unfallgefahr im Bergbau Anlaß gegeben. Worin jedoch diese angeblich irreführenden Darstellungen bestehen sollen, wird nicht erst nachzuweisen versucht. Der „Vorwärts“ hat sich in seiner Wiedergabe der Unfallziffern in Nr. 232 vom 1. Juni streng an die amtlichen Ziffern gehalten, die von den Unternehmern nicht bestritten werden können. Die Verächter beschränken sich deshalb darauf, die Zahlen in ihrem Sinne zu deuten. Die Zahl der angemeldeten Unfälle im Bergbau sei deshalb so hoch, weil von den Bergleuten in der Regel auch die „geringfügigsten“ Verletzungen (Hautabwühlungen usw.), die einmal eine Stunde Arbeitsunfähigkeit zur Folge hätten, angemeldet würden. Ein besonderer Grund zur Beunruhigung liege in den Nachweisungen über die Unfälle im Bergbau nicht vor. Für die Bergwerksbesitzer wohl nicht, die sich daran die Veröffentlichung der absoluten Ziffern wenden, indem sie erklären:

„Bei Unglücksfällen, die zumeist auf Leichtsinn oder Unbedachtsamkeit zurückzuführen sind, mag die Veröffentlichung der absoluten Unfallzahlen zur Warnung am Platze sein.“

Wir aber sind der Meinung, daß die Herren von der weißen Salbe gelegentlich ebenfalls gewarnt werden müssen, und ihnen an Hand der Unfallziffern das Gewissen geschärft werden muß. Denn die Herrschaften sind so sehr an die hohen Unfallziffern im Bergbau gewöhnt, daß sie dagegen ziemlich abgestumpft sind. Sie wollen nicht bestreiten, daß der Beruf des Bergmanns an sich gefährlich ist, aber gerade diese fatalistische Auffassung führt zu einer gewissen Burschaft gegenüber der Masse der Unfälle, soweit es sich nicht um Mollentodesfälle handelt. Bedenket es etwa eine Abkühlung der amtlichen Unfallziffern im Bergbau, wenn die U. L. die folgende Erläuterung verbreiten muß?

„Es ist aber auch bekannt, daß das Jahr 1925 für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau ein Unglücksjahr war. Es haben sich sieben Unfallsfälle mit mehr als sieben Toten (fünf Explosionen) ereignet.“

Der Bergbau hat ganz andere Unglücksjahre zu verzeichnen als das Jahr 1925. Doch für dieses „Unglücksjahr“ hat man die besondere Entschuldigung bei der Hand, daß das Unheil auf Frede Minister Stein mit 136 Toten „wahrscheinlich vermieden worden wäre, wenn nicht der Transport der für die Durchführung des Gesteinstaubverfahrens notwendigen Einrichtungen durch die französische Besatzung gehindert worden wäre.“

Die vielfach verbreitete Ansicht, der bergmännische Beruf sei „der gefährlichste aller Berufe“, erweise sich als unrichtig.

Die Versicherung, es sei selbstverständlich, daß „alle ernst gemeinten“ auf eine Herabsetzung der Unfälle hinstrebenden Bestrebungen stets die Unterstützung der Unternehmer fänden, ist mit der ganzen bisherigen Praxis der Bergherren nicht recht im Einklang zu bringen. Die Herren sahen schon so manche sehr ernst gemeinten Bestrebungen als weiße Salbe auf.

Auch der Hinweis auf die inneren Ursachen der Unfälle im Bergbau schwächt die Unfallziffern nicht ab. Nach der Statistik für das Jahr 1922 seien nur 0,80 Proz. der Unfälle auf „Mängel des Betriebes“ zurückzuführen, womit der zahlenmäßige Beweis dafür erbracht sei, daß die Betriebsverwaltungen ernstlich bestrebt seien, durch eine möglichst sichere Einrichtung ihrer Betriebe den Arbeiter zu fördern. Das freilich wäre die verdammte Pflicht der Betriebsverwaltungen. Wenn deren Versicherungen so ernst zu nehmen wären, dann hätten sie es wirklich nicht nötig, derartige Anstrengungen zu machen, um die Ziffern der Unfallstatistik abzuschwächen.

Überdies verfolgen die Unternehmer im Bergbau damit den hundertfachen Zweck, das in der öffentlichen Meinung bestehende Mißtrauen für die Bergarbeiter etwas einzudämmen, um in ihrer Lohnpolitik weniger behindert zu sein.

Wenn jedoch die Unternehmer annähernd so eifrig bemüht wären, die sich für sie aus der Unfallstatistik ergebenden Konsequenzen zu zerschlagen, wie um die Abschwächung der Unfallziffern, dann würde manches im Bergbau weit besser sein.

Bohumer Bergarbeiter reisen nach Griechenland.

Budapest, 8. Juni. (M. Z.) Die Oberstadthauptmannschaft erhebt gestern, wie der „Pester Lloyd“ meldet, von der tschechischen Grenzstation Szob die Meldung, daß im Berlin-Prager Schnellzug 100 Bohumer Bergarbeiter unterwegs seien, um über Budapest nach Griechenland zu reisen. Da man in den Reisenden Angehörige der kommunistischen Partei vermutete, wurde der Zug von der Grenzstation Szob unter Bewachung durch Detachement der Politischen Abteilung der Oberstadthauptmannschaft nach dem Budapest Ostbahnhof geleitet, von wo die Arbeiter ihre Reise nach Jugoslawien und Griechenland fortsetzten. Durch die Bewachungsmassnahmen sollte jegliche geheime Verbindung der Bohumer Bergarbeiter mit der ungarischen Arbeiterpartei verhindert werden. — Wenn man in dem „Ordnungslande“ Ungarn sonst so vorzüglich wäre, würde manches besser sein. Das „Geheimnis“ dieser Reise ist für jeden offenkundig, der weiß, daß viele Ruhrbergleute für immer „abgebaut“ sind und nun sehen müssen, wo sie bleiben.

Lehrlingseinschränkungen und Mangel an Lehrstellen

Vorschläge des Preussischen Landesgewerbeamts. Am 28. Mai trat im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe das Landesgewerbeamt, Abteilung für Handwerk und Genossenschaftswesen, zusammen, nachdem die Mitglieder der Abteilung — Arbeitgeber und Arbeitnehmer — in gleicher Zahl sieben für drei Jahre neu berufen worden waren. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, betraf die Abteilung insbesondere über die Lehrlingshaltung im

Bäcker- und Konditorgewerbe, im Fleischer- und Wurstmachergewerbe und im Friseurgewerbe. In den drei genannten Berufen hat der Handelsminister seit einigen Jahren erhebliche Lehrlingseinschränkungen gemäß § 128 Abs. 2 der Gewerbeordnung angeordnet. Die Abteilung empfahl dem Minister, und zwar mit Rücksicht auf den erheblichen Mangel an Lehrstellen, Forderungen im Friseurgewerbe und im Fleischer- und Wurstmachergewerbe einzutreten zu lassen; sie schlug jedoch vor, im Bäcker- und Konditorgewerbe es bei der bisherigen Regelung, die offenbar der Auflassung der überwiegenden Mehrheit der Berufsgenossen entspricht, zu belassen. — Weitere Gegenstände der Verhandlungen waren u. a. die mit der handwerklichen Ausbildung jugendlicher Strafgefangener zusammenhängenden Fragen.

25 Jahre internationale Gewerkschaftsbewegung.

(M. Z.) Am 21. August dieses Jahres werden es 25 Jahre, daß in Kopenhagen der Grundstein zum internationalen Zusammenschluß der gewerkschaftlichen Landeszentralen und damit zum internationalen Gewerkschaftsbund gelegt wurde. Die leitenden Körperschaften des IGB haben beschlossen, diesen Gedenktage nicht unbemerkt vorüber gehen zu lassen, sondern vielmehr die Gelegenheit zu benutzen, um für die Gewerkschaftsbewegung verstärkte Propaganda zu machen und auf die Notwendigkeit des internationalen Zusammenschlusses der Arbeiterschaft hinzuweisen. Dem eigentlichen Erinnerungstage soll eine Propagandawoche vorausgehen, in der unter der Parole

„Hinein in die Gewerkschaften — zum Kampf für den internationalen Achtstundentag!“

eine großzügige Agitation für den Eintritt in die Gewerkschaften geführt wird. Diese Agitation wird sich den Gewohnheiten der einzelnen Länder anpassen müssen und daher verschiedenartig sein; im allgemeinen wird aber gedacht an Hausbesuche bei den noch unorganisierten Arbeitern, an Fabrikbesprechungen, an Versammlungen und an Demonstrationen unter freiem Himmel. Die Arbeiterpresse soll während der Propagandawoche den gewerkschaftlichen Problemen besondere Aufmerksamkeit schenken und vor allem die Frage des Kampfes um den Achtstundentag behandeln.

Da der Monat August für die in Aussicht genommene Propaganda nicht geeignet ist, wurde beschlossen, die Vierteljahrhundertfeier nicht am 21. August, sondern wie den Antikriegstag 1924 am dritten Sonntag im September zu begehen. Die Feier findet daher am Sonntag, den 19. September statt; die Propagandawoche fällt in die Zeit vom 13. bis 18. September.

Um den internationalen Charakter der Vierteljahrhundertfeier ganz besonders zu betonen, soll die Heranziehung ausländischer Redner in Aussicht genommen werden; diese haben die Möglichkeit, nicht nur bei der eigentlichen Feier zu den Arbeitern zu sprechen, sondern auch während der Propagandawoche mitzuwirken.

Russische Gewerkschaften und Arbeiterkorrespondenten.

Nach einer Meldung des Ost-Express lagt in Moskau zurzeit ein Kongreß der Arbeiterkorrespondenten (Koblor) und der Dorfkorrespondenten (Selkory) der Sowjetländer, um über die Aufgaben, Arbeitsbedingungen usw. dieser Mitarbeiter der kommunistischen Presse zu beraten. Es ist bekannt, daß die beiden Gruppen von Berichterstattern mit schweren Einwirkungen von großen nichtkommunistischen Schichten der Bevölkerung zu kämpfen haben. Auf dem Kongreß erhoben viele ihrer Vertreter aber auch Klagen gegen die Gewerkschaften, von denen doch eine durchaus freundschaftliche Haltung, besonders gegenüber den Arbeiterberichterstattern, erwartet werden dürfe. Dies sei aber keineswegs die Regel. Allein im Gouvernement Moskau haben z. B. die Beobachtungen und Erfahrungen von 76 Arbeiterkorrespondenten ergeben: eine Unterstützung ihrer Tätigkeit durch die Gewerkschaften in nur 15 Fällen, in 9 Fällen direkte Feindseligkeit, in den übrigen 52 Fällen sehr mittelmäßige Beziehungen. Diese Einstellung der Gewerkschaften, die auf dem Kongreß mit sehr gemischten Gefühlen zur Kenntnis genommen wurde, erklärten die Redner hauptsächlich durch den großen Einfluß der Fabrikleiter und der technischen Sachverständigen, gegen die sich die Gewerkschaften taum zu wehren suchten. Die Fabrikleiter aber seien so erklärte Feinde der Zeitungsberichterstatte aus der Arbeiterpartei, daß z. B. in einer Konferenz in Irkutsk die Behauptung unmissverständlich blieb, mit dem Verschwinden der Koblor werde im Fabrikleben alles gut werden. — Die häufig gegen die Fabrikleiter gerichtete kritische Tätigkeit der Arbeiterkorrespondenten läßt sie diesen als lästige Anwälte und Denunzianten erscheinen.

Der britische Bergarbeiterstreik.

London, 9. Juni. (M. Z.) Der vollkommene Mißerfolg der gestrigen Zusammenkunft zwischen den Grubenbesitzern und den Vertretern der Arbeiter findet in der Presse große Beachtung. Die Blätter haben dabei hervor, daß der Streik heute bereits 40 Tage dauere. „Daily Express“ schreibt, die Luft zwischen den beiden Parteien sei größer als je. Der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, Smith, und der Sekretär des Verbandes, Cook, hätten eine derartige schroffe Haltung eingenommen, daß es für die Grubenbesitzer schwer gewesen wäre, mit ihnen noch weiter im selben Zimmer zu verbleiben. Alles, was von den Grubenbesitzern vorgebracht wurde, sei von den Vertretern der Arbeiter in Abrede gestellt worden. Man sei der Ansicht, daß Cook habe beleidigend wirken wollen. Laut „Westminster Gazette“ kam es bei der Zusammenkunft zu peinlichen Austritten. Die Grubenbesitzer seien beleidigt worden und man habe sie beschuldigt, falsche Zahlen vorgebracht zu haben. — Eine recht einseitige Darstellung der Dinge.

Erklärung der Führer der Bergarbeiter.

London, 9. Juni. (M. Z.) Die Führer des Bergarbeiterverbandes haben mitgeteilt, daß sie bereit sind, eine Abstimmung unter den Bergarbeitern darüber zu veranstalten, ob diese gewillt sind, einer Verlängerung der Arbeitszeit oder einer Lohnverminderung bzw. der Festsetzung von Bezirkslöhnen zuzustimmen. Wenn die Bergleute einen dieser Punkte annehmen sollten, so würden die Führer auf dieser Grundlage über die Wiederaufnahme der Arbeit verhandeln. —

Die Unternehmer glauben natürlich selber nicht daran, daß sie Bergleute sich mit der Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen einverstanden erklären. Deshalb möchten sie die Führer dazu bringen, die Bergarbeiter breitzuschlagen, eine der ihnen zugeordneten bitteren Pillen zu schlucken; längere Arbeitszeit oder weniger Lohn.

Die Bergarbeitervertreter vertreten die Meinung, daß, wenn der Kohlenbergbau reorganisiert würde, eine Herabsetzung der Löhne nicht notwendig sein würde. Mit der gegenwärtigen Arbeitszeit und den bisher gezahlten Löhnen könnte etwa die Hälfte der Bergwerke in Betrieb gehalten werden.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug nach einer Meldung des Arbeitsministeriums am 31. Mai 1 614 200 oder 13 521 mehr als von einer Woche und 366 894 mehr als vor einem Jahre. Vor dem Generalstreik zählte man 1 106 916 Arbeitslose. In diesen Zahlen sind die streikenden Grubenarbeiter nicht eingerechnet.

Tagung der Betriebskrankenkassen.

Der „Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen“ (Sitz Essen) hielt kürzlich im Planetarium der „Besotei“ in Düsseldorf seine 14. Hauptversammlung ab. Der Verband umfaßt 27 Unterverbände mit 3558 Betriebskrankenkassen und 208 Einzellassen mit insgesamt über 3 1/2 Millionen Versicherten.

Neben den rein geschäftlichen Angelegenheiten stand ein Antrag der Versicherten auf Änderung der Verbandsstatuten auf der Tagesordnung. Der Verband wurde 1907 als reine Arbeitgeberorganisation gegründet. Bis zum Jahre 1922 hatten die Versicherten keinerlei Einfluß. Erst auf dem Verbandskongreß in Kassel 1922 gelang es den Versicherten ein Drittel der Sitze in Vorstand und Ausschuß zu. Die Arbeitnehmer stehen aber auf dem Standpunkt, daß ihnen zwei Drittel der Sitze in den Verbandsorganen zustehen, da sie auch zwei Drittel der Beitraglasten ausbringen. Die Einföhrung der Geschäftsleiter als dritte Gruppe wird von den Versicherten lebhaft als Stärkung des Unternehmereinflusses betrachtet, da erstere vom Arbeitgeber angestellt und bezahlt werden und damit in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis stehen. Um jedoch die Geschäftsleiter, deren Wert als Sachleute und Sachverständige die Versicherten durchaus anerkennen, nicht ganz auszuhalten, stellten die letztere nur den Antrag auf Parität im Vorstand und Ausschuß des Hauptverbandes. Doch auch diese beschlossene Forderung wurde von den Unternehmern und Geschäftsleitern strikte abgelehnt.

In einer von circa 500 Versichertenvertretern besuchten Vorversammlung im Düsseldorfer Volkshaus wurde diese ablehnende Haltung der Unternehmer zu den beschiedenen Anträgen der Versicherten in äußerst scharfer Weise gebührend. Die Konzeption, den Versicherten den stellvertretenden Vorsitz (bisher war auch der 2. Vorsitzende ein Arbeitgeber) einzuräumen, wurde als völlig unzureichend bezeichnet. Es wurde mehrfach verlangt, dem Verband die Beiträge zu sperren bzw. den Austritt zu erklären. Wenn letzten Endes die Mehrheit der Versichertenvertreter dieses Verlangen ablehnten, so nur deshalb, um in weiterer zäher und zielbewußter Arbeit die berechtigten Forderungen der Versicherten durchzusetzen.

Der Vertreter des VDB, Genosse Dr. Broeder, vertrat den Standpunkt, daß die Versichertenvertreter, solange die Betriebskrankenkassen eine gesetzliche Grundlage haben, im Interesse der Versicherten mitarbeiten müssen, um den Unternehmern nicht das Feld allein zu überlassen. Die grundsätzliche Einstellung des VDB auf Vereinheitlichung der gesamten Sozialversicherung wird dadurch in keiner Weise berührt. Genosse Broeder versprach, daß der VDB die Erhaltung und Zusammenarbeit der Versichertenvertreter im ganzen Reich fördern werde, damit in den Bezirks- und Ortsverbänden der BR die Versicherten der ihnen zukommende Einfluß errungen werden könnte. Der Zustand, daß an einzelnen Orten die Versicherten ganz ausgeschaltet werden, muß auf alle Fälle ein Ende nehmen. Der Vertreter der christlichen Gewerkschaften, G. Neel, äußerte sich ebenfalls im Sinne der weiteren Mitarbeit. Einstimmig wurde folgende Erklärung angenommen:

„Die Versichertenvertreter im „Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen“ haben mit Bedauern zur Kenntnis genommen, daß die im Betriebskrankenkassenverband vereinigten Arbeitgeber sich abermals weigern, den berechtigten Wünschen der Versicherten auf paritätische Zusammenkunft der Verbandsorgane zu entsprechen. Die Konzeption, zu der sich die Arbeitgeber bereit erklärt haben, kann nicht als ein befriedigendes Zugeständnis betrachtet werden. Wenn sich die Versicherten trotz dieser bedauerlichen, ihre Interessen beeinträchtigenden Haltung der Arbeitgeber zu weiterer Mitarbeit im Verbande bereit erklären, so betonen sie gleichzeitig, daß sie entschlossen sind, auch weiterhin an ihren grundsätzlichen Forderungen nach Gleichberechtigung festzuhalten, und geben der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die Arbeitgeberseite ihren Standpunkt einer baldigen Revision unterziehen wird.“

Die Versammlung wünschte, daß der VDB auf die Bekämpfung im Sinne eines weiteren Ausbaues der Reichsversicherungsordnung einwirkte. Weiter verlangten die Versicherten, daß in allen Unterverbänden der Betriebskrankenkassen den Arbeitnehmern mindestens die Parität zugesprochen wird und daß der Verbandsausschuß eine Erweiterung von 60 auf 90 Sitze erfahre, um allen größeren Orten eine Vertretung zu gewährleisten.

Als „Zentralkommission der Versichertenvertreter in den deutschen Betriebskrankenkassen“ wurden die bisher tätigen Kollegen wiedergewählt. Sitz der Kommission ist Berlin.

Von der offiziellen Tagung ist noch zu erwähnen, daß von den Versicherten der Knappschaftskassen die obligatorische Einführung der Familienversicherung gefordert wurde.

Die Tagung hat gezeigt, daß auf dem Gebiete der Krankenversicherung noch viel getan werden kann. Die Versicherten müssen alle Anstrengungen machen, um mit Hilfe ihrer Gewerkschaften und gemeinsam mit den Ortskrankenkassen die gesamte Sozialversicherung auszubauen zur Hebung der arg daniederliegenden Volksgefundheit.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Fritz Gattermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: A. S. Böhmer; Enkel und Genossen: Fritz Rastbach; Wissenschaft: Th. Blaser; (amtlich in Berlin). Berlin: Hermanns-Berlin, G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sauer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1.

Unter treuer Genosse Korrektion
Melchior Clupalski
Krautstr. 211, Kolln-Heide-Str. 211
Hard nach längerem Leiden im 54. Lebensjahre. Obere seinem Andenken!
Einz. Beratung: Donnerstag, den 10. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Rematorium Baumhuldenweg. Um jährliche Beteiligung bitten
90, Abt. SPD. (Neukölln).

Auf Teilzahlung!
MÖBEL
Kleine Anzahlung + Bequeme Abzahlung
CAMNITZER
Schönhauser Allee 82 I
am Hochbahnhof Nordring

Wissen ist Macht!
Drum lies die
URANIA
Gratis-Prospekte durch d. Annahmest. und die Botenfrauen des „Vorwärts“

Adolf Hoffmann
Episoden und Zwischenrufe
aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Netto 5 Pfennig.
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

Über 20000 Stück im Gebrauch!
Albert Rosenhain's neueste
Saffianleder-Portemonnaie
für Herren und Damen
„Der Schacht-Tresor“
für Schreie und Harigold

Berliner Kindl - Brauerei - Ausschank
Tel. Neukölln 79 Hermannstr. 214-219 Tel. Neukölln 79
Größtes Gartenetablisement, 10000 Sitzplätze, passend für große Verbände.
Donnerstag, den 10. Juni, das große Ereignis:
Große Modenschau
Konzert :: Kabarett :: Tanz

Der gute Kapitän-Kaufabak
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgl. 361

Geht braun Saffian
und 20 Pfg. für portofreie Zusendung
Unser neuer Hauptkatalog Nr. 25 wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.
Albert Rosenhain
Berlin SW 19 Leipziger Str. 72-74